

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Schwindet die Nacht?

F. K. Wieder hat Mutter Sonne, die Spenderin alles Lebens, eine Rundreise beendet. Wieder ist ein Jahr vorbei. Eine geschichtliche Sekunde nur, für die gequälte Menschheit aber eine als unendlich lang empfundene Zeit. Wenn diesmal die Silvesterglocken läuten, wird es weniger als je fröhliches Gläserklirren und Hochrufe geben. Denn auf dieser zwölfmonatigen Zeitstrecke stehen der Marksteine zu viele, wo vergeblich gehofft und laut geklagt werden mußte. Und wenn man nach dem nächsten Jahr hinhorcht, vernimmt man auch kein verheißungsvolles Echo. Es ist gerade, als ob das Leben in seiner Trostlosigkeit beharren wollte, der auf Besserung sinnende Geist erstorben wäre und es keinen Fortschritt mehr gäbe.

So sieht es in der Tat aus; aber es ist nur Schein. Gewiß ist allerwärts die Drangsal der Wirtschaftskrise schlimmer geworden. Gewiß hat sich die Zahl der Staatsmänner vermehrt, die zeigen, daß mit ihnen kein Staat zu machen ist. Gewiß fehlte es allenthalben nicht an Nachretern des amerikanischen Präsidenten Hoover, der kühn erklärte, die Wirtschaftsblüte warte gleich hinter der Hausecke (prosperity waits round the corner). Gewiß setzt die Kapitalistenklasse den Wahwitz fort, die wichtigste Voraussetzung ihres Geschäfts, die Massenkaukraft, zu vernichten. Gewiß schäumt auf dem ganzen Erdball die nationalistische Welle, obwohl doch nur durch ehrliche internationale Zusammenarbeit aus dem wirtschaftlichen Engpaß herauszukommen ist.

So wahr und so entmutigend das alles ist, dennoch ist weder das Leben noch der Geist oder der Fortschritt erstarrt. Dies ist leicht zu erkennen, sofern man sich den Blick nicht durch die Dürsterkeit der Umgebung verschleiern läßt.

Just in der Zeit, wo die Wirtschaftsnot mächtig anschwillt, hat die Arbeiterschaft in Schweden und Dänemark die Regierung allein bilden können. In dem größten Industriestaat, in Amerika, das von der Krise am schwersten heimgesucht wird, hat es ein politisches Erdbeben gegeben, das kaum seinesgleichen hat. Ohne diesen Vorgang für die Arbeiterschaft irgendwie zu überschätzen, bleibt er doch für den Drang nach einem Ausweg aus der kapitalistischen Luderwirtschaft bezeichnend. In England würgt sich die „nationale“ Regierung, die bei ihrem Erscheinen als Retterin aus der Not laut begrüßt wurde, gerade noch so hin. Mit ihren Kunststückchen, das große Übel durch Zölle, Kürzung der sozialen Unterstützung und Inflation zu meistern, hat sie elend Schiffbruch gelitten. Auch in England steigt der Drang nach einem Wechsel. Das gleiche läßt sich von Belgien sagen, wo die Arbeiterpartei trotz mancher Mißlichkeit einen Wahlerfolg buchte.

In Deutschland hat das eine Jahr 1932 nicht weniger als fünf große Wahlkämpfe gebracht. Jeder sollte die „Entscheidung“ bringen, keiner hat sie gebracht, wohl aber drei Regierungswechsel, von denen jeder die Sicherung der Wirtschaft, Finanz und des öffentlichen Friedens bewerkstelligen sollte. Auf diese Sicherung wird man noch lange warten müssen.

Alle die politischen Irrungen und Wirrungen sind indessen nur der Staub des wirtschaftlichen Erdbebens. Sie sind bloß Krämpfe des großen Krampfes der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind nichts als Ausdruck der Tatsache, daß die herrschende Klasse am Ende ihres Lateins ist und daß sich eine Umschichtung der Geister ins Antikapitalistische vollzieht.

In der ganzen Welt haben Millionen Menschen, die an den Kapitalismus glaubten, ihren Glauben verloren. Sie sind auf der Flucht vor ihm. Sie suchen nach einem neuen Glauben und nach einem neuen politischen Standort. Das Ausmaß dieser Umschichtung ist an dem Niedergang oder Verschwinden der alten Parteien zu erkennen. Hierin ist das Ende noch lange nicht erreicht. Der politische Fahnenwechsel geht weiter. Ihn mit muntern Reden oder zackigen Gesten beschwören zu wollen, ist zwar drollig aber erfolglos. Vor dem Versacken und Verdunsten können sich Parteien, Politiker und Einrichtungen nur dadurch retten, daß sie möglichst viel Luft zwischen sich und den Kapitalismus bringen. Das fühlen instinktiv die vor ihm flüchtenden Menschen. Es gibt aber Parteien und Politiker noch genug, die das nicht einsehen. Sie werden das sicher zu büßen haben.

Zu was sich das wilde Gewürge schließlich verdichten wird, kann nicht zweifelhaft sein, nur über das Wann können die Meinungen noch auseinander gehen. Werden die (amerikanischen) Technokraten, die tausendköpfige Gemeinde von namhaften Wissenschaftlern und Technikern, recht behalten, die behaupten, spätestens im Jahre 1940 sei die Todesstunde des Kapitalismus da? Er werde in einem Chaos enden, wenn es nicht bis dahin gelänge, die ganze Wirtschaft auf eine andre Grundlage zu stellen. Bis dorthin sei die Maschine einfach übermächtig geworden und die Menschheit werde, wenn sie sie nicht meistere, von ihr erdrückt werden.

Wie dem auch sei, eins ist gewiß, die Kapitalistenklasse ist selbst mit letzter Kraft dabei, ihr System umzubringen. Ihr höchstes Ideal ist nicht nur der lohnlose Lohnarbeiter, sondern auch die menschen-

leere Fabrik. Und es ist verblüffend, wie sie ihrem Ideal selbst während der Wirtschaftskrise näher gekommen ist. Der Schritt dürfte noch größer sein, wenn es eine, wenn auch nur kleine Besserung der Konjunktur geben sollte.

Lohnlose Lohnarbeiter heißt nichts Geringeres, als eine Wirtschaft ohne Käufermasse. Und die menschenleere Fabrik heißt nichts anderes, als eine noch viel entsetzlichere Arbeitslosigkeit. Aber es bedeutet noch etwas anderes und bestimmt nichts Geringeres, nämlich die Gewißheit, daß, noch ehe die lohnlosen Lohnarbeiter noch viel zahlreicher geworden und die menschenleere Fabrik nur halbwegs Tatsache ist, der Kapitalismus von seinen Opfern überwunden sein wird. Der Drang des Kapitalismus nach seinem höchsten Ideal muß auf der anderen Seite den Drang nach seiner Beseitigung noch schneller vermehren.

So gewiß dies ist, ebenso gewiß ist, daß die sozialistische Arbeiterschaft nahe vor ihrer geschichtlichen

Aufgabe steht. Der Gedanke an sie heißt einen über ihre Unmittelbarkeit wie Größe staunen. Man kann nicht umhin, zu sagen, daß die Mittel und Wege, die bisher für die Schaffung einer neuen Welt für probat gehalten werden, nicht mehr der Größe der Aufgabe entsprechen, ja ziemlich antiquarisch anmuten. Die richtigen Rezepte für die große geschichtliche Kur sind, so will es einem scheinen, noch nicht geschrieben. Unter dem Zwange der Notwendigkeit werden sie geschrieben werden.

So nacht es auch beim Jahreswechsel um uns herum noch ist, von der internationalen Warte vermag der unverklärte Blick schon die Strahlen des grauen Morgen zu erspähen. Die Zeit, die dem heutigen proletarischen Geschlecht wie die Pestzeit des Mittelalters vorkommt, wird für den späteren Geschichtsschreiber eine höchst fesselnde, eine Zeit voller Bewegung sein, der Bewegung für die neue gesellschaftliche Ordnung. An dieser schaffen die revolutionären Konterrevolutionäre aller Art äußerst tatkräftig mit. Noch tatkräftiger indessen hat die Arbeiterschaft in das Rad des Geschehens einzugreifen. Denn von ihrer Tatkraft und Klugheit hängt auf jeden Fall ab, wie bald der graue Morgen zum lichten Tag wird.

## Der „soziale General“

Kein Zweifel, der Kanzler-General hat taktisch nicht ungeschickt gesprochen und hat die ersten Schritte seines Amtswegs abseits von Papens Spur getan. Das schon wird in einem Volke, das die „grundsätzlich neue Staatsführung“ junkerlichen Kalibers erduldet hat, als Erleichterung empfunden. Allein, selbst für den Nachfolger eines Kanzlers, der nur tüchtig war im Schaffen von Reibungsflächen, ist eine taktisch geschickte Rede noch kein Beweis für staatsmännische Fähigkeit. Diese ist nur mit Positivem zu beweisen. Wie es damit steht, kann noch nicht gesagt werden. Immerhin findet man darüber in der Programmrede des neuen Kanzlers eine Reihe von Andeutungen.

Sein ganzes Programm soll nur in einem bestehen: Brot und Arbeit schaffen. Das ist in der Tat die Hauptaufgabe, die gegenwärtig einer Regierung gestellt ist. An dieser Sache muß sie ihre Kunst zeigen, und wenn sie hier nichts Positives zu vollbringen vermag, ist sie günstigenfalls nutzlos. Der Kanzler sagt, das Urübel der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit, sei auf die Dauer nur durch Wiederbelebung der Wirtschaft zu bekämpfen. Das heißt nichts anderes, als daß die Armut durch Beseitigung der Poverty ausgemerzt werden soll. Für diesen löblichen Zweck ist ein Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung eingesetzt, der als „Schäferhund“ den Arbeitsgelegenheiten nachzuspüren hat. Eine weitere Senkung des Arbeitseinkommens sei weder erträglich noch zweckmäßig. Eine umfassende Winterhilfe sei zu erwarten; an neue Steuern und Gehaltskürzungen werde nicht gedacht, die Sozialversicherung soll erhalten bleiben.

Der Herr Reichskanzler will, wie er betont, das wirtschaftlich Vernünftige tun, auch wenn es mal nicht mit dem wissenschaftlichen Dogma übereinstimmt. Dabei gedenkt er die Mittellinie zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzuhalten, zumal es ja keines von beiden in reiner Form gebe. Einem bürgerlichen Ohr mag das ganz nett scheinen. In der harten Wirklichkeit der kapitalistischen Wirtschaft jedoch kommt man mit solch netten An- und Absichten nicht voran. Ein Reichskanzler, der sich wie Herr von Schleicher als Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten fühlt, darf

natürlich nicht bloß an die hungernden proletarischen Schichten denken, sondern auch an die großen Notleidenden, an die Industriellen und Grundbesitzer. Diesen armen Schwerverdienern erklärt der Reichskanzler besonders, daß er das Programm seines Freundes, des „Ritters ohne Furcht und Tadel“, im wesentlichen übernehme. Damit könnten eigentlich die Industriellen und Agrarier als beruhigt gelten. Doch doppelt genietet hält besser. Darum wird ihnen noch mitgeteilt, daß einerseits der Exportmord durch Kontingentierung abgestellt werden soll, andererseits werde die Regierung „von ihrer Freiheit im Interesse der Landwirtschaft Gebrauch machen und der übermäßigen Einfuhr einzelner Waren auf geeignetem Wege entgegenwirken“.

Das eröffnet allerhand Aussichten. Man muß sich auf neue Zölle oder weitere Verteuerung der Nahrungsmittel der Masse gefaßt machen, wie es auch nicht unwahrscheinlich ist, daß die Industriellen noch mehr Geschenke als Ausgleich erhalten werden.

Durch die der Landwirtschaft in Aussicht gestellten Gaben entsteht die Preisfrage, wie man die Senkung des Arbeitseinkommens abstoppen will bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise der Nahrungsmittel der städtischen Bevölkerung. Wie dieses Rätsel sich lösen wird, kann man wohl heute schon voraussagen. Mit der Interessenvertretung aller Bevölkerungsschichten wird der Reichskanzler auch noch in unlösbare Schwierigkeiten kommen, wenn er mit dem Versuch beginnen sollte, den „dünn bevölkerten Osten“ zu besiedeln und die „Großstädte aufzulockern“. Hier auf der Mittellinie zwischen Kapitalismus und Sozialismus bleiben wollen, läßt auf überirdischen Optimismus schließen.

Es sind also Gründe genug vorhanden, die bestimmen, in aller Kühle und ohne jeden Hoffnungsüberschwang die Taten des „sozialen Generals“ abzuwarten. Wenn er auch nur ein kleines bißchen mehr als seine beiden Vorgänger vollbringt, solls an Freude und Lob nicht fehlen. Es ist jedoch sehr zu befürchten, daß ein Anlaß für beides nicht kommen wird, für das Entgegengesetzte aber um so mehr.

## Mehr Lohn!

Seibstentleibung durch Lohnquetscherei

II. (Schluß.)

Tief unten am Urquell der Weltwirtschaftskrise stehen die verhängnisvollen Worte: Zu wenig Lohn!

Die Warenfülle hat sich durch technische Rationalisierung, ergiebiger Arbeitsmethoden und bessere Bodenbewirtschaftung beispiellos erhöht. Außerdem haben sich fast alle die Länder, die früher Absatzgebiete der alten Industriestaaten waren, selbst Fabriken, und ganz moderat, errichtet. Diese Länder erzeugen nun selbst mehr, als sie selbst brauchen. Sie schützen sich gegen fremde Einfuhr durch Zollmauern und werfen ebenfalls ihren Warenüberschuß auf den Weltmarkt. Es hätte darum, um eine weltallgemeine Geschäftsstockung zu verhindern, dem Massenverbrauch auf den heimischen Märkten durch eine gezielte Lohnerhöhung begegnet werden müssen. Nur so wäre die Arbeitslosigkeit gehemmt, die Stilllegung der Betriebe verhütet, die Leere der öffentlichen Kassen hintangehalten worden. Doch das ist nicht geschehen, stracks entgegengesetzt wurde gehandelt. Wenn man aber einem Arbeiter jede Woche 10 Mark aus der Lohntüte nimmt, so kann er eben 10 Mark weniger zum Kaufmann und dieser entsprechend weniger zum Fabrikanten tragen. Multipliziert man diese 10 Mark mit der Wochen- und Arbeiterzahl, so kommen am Ende des Jahres Milliarden zusammen, um welche Summe das geschäftliche Leben gedrosselt wird. Dies ist dermaßen klar, daß es ein Abschütze begreift. Ein Abschütze ist jedoch kein genialer Wirtschaftsführer und auch kein kapitalistischer Minister, die beide im Lohnabbau das Heil sehen. So ist denn die Weltwirtschaftskrise und ihre fortgesetzte Verschärfung unausbleiblich

geworden, und sie muß fortzugend politische, staatsfinanzielle und sonstige Mißlichkeiten gebären.

Aus diesem unheilvollen Kreislauf ist nur herauszukommen, wenn seine Grundursache beseitigt wird: es muß nicht weniger, sondern immer mehr Lohn gezahlt werden. Von dieser Unerläßlichkeit aus sind alle Pläne der Arbeitsbeschaffung und der Beseitigung der Teilkrisen des großen Übels zu bewerten. Jeder Versuch, das große Übel und seine Nebenübel ohne eine ständige Erhöhung des Arbeitereinkommens beseitigen zu wollen, ist ordinäre Quacksalberei.

Aber gerade gegen das einzig wirksame Mittel der Krisenbeseitigung, gegen die steigende Lohnerhöhung, wendet sich die Kapitalistenklasse mit Händen und Füßen. Das kommt nicht von ungefähr: Die Kapitalistenklasse ist gewohnt, den Lohn als einen wesentlichen Teil der Herstellungskosten anzusehen; es ist ihr offensichtlich noch nicht gedämmert, daß der Lohn als

### Aus dem Inhalt

Schwindet die Nacht? — Der „soziale General“ — Mehr Lohn	313
Staatliche Arbeitsbeschaffung — 249 000 Arbeitslose mehr	314
Stahlbad Anno 17 — Neujahrsgedanken	315
Zur Akkordarbeit in der Metallindustrie — Außerste Vorsicht — Vom Vorstand	316
Von Sowjetrußland — Der Mann ohne Vaterland — Der spanische Verbandstag	317
Im Nazisumpf sprudelt — Jubilaretern — Schriftenschau	318

Massenkaufkraft viel bedeutungsvoller für die Wirtschaft ist. Die Kapitalistenklasse mag sich sagen: Bis jetzt wurden alle Wirtschaftskrisen dadurch beendet, daß die Löhne fielen und die Entlassungen zunahm. Hierdurch konnten die Betriebe finanziell entlastet und die Preise gesenkt werden. Dank dieser zweifachen Entlastung konnten die Warenvorräte im Auslande, bei der Landwirtschaft und sonstwo leichter abgesetzt, die Produktion allgemach wieder ganz in Gang, die Geschäftsstockung beendet werden. Kurz, die Arbeitermasse zahlte mit Arbeitslosigkeit und Entbehrung den Hauptteil der Kosten der Krisenüberwindung.

Die Kapitalistenklasse meint offenbar, so sei es auch jetzt wieder zu machen. Sie übersieht indessen, daß erstens die Warenüberfülle jetzt viel größer als sonst ist, und daß zweitens der viel größeren Warenfülle ein viel beschränkterer Auslandsmarkt und eine in ihrer Kaufkraft sehr eingeengte Landwirtschaft gegenüberstehen, weil diese ja, zum Unterschied von früher, ebenfalls in einer schweren Krise steckt. Unter solchen Umständen ist der heimische Markt unendlich viel wichtiger geworden, was nichts anderes heißt, als daß die millionenköpfige Arbeiterschaft unerlässlich ist für die Belebung der Wirtschaft.

Es ist folglich nichts mehr mit der lieben Gewohnheit, die Arbeitermasse die Kosten der Krise tragen zu lassen. Vielmehr ist es unerlässlich, daß die Arbeitermasse von der Warenfülle, die sie ja auch erzeugt, viel mehr als bisher profitiert. Und das kann und muß dadurch bewerkstelligt werden, daß ihr Lohn im Verhältnis zur steigenden Produktivität zunimmt. Mehr Lohn, steigender Lohn ist die oberste Bedingung zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Davon aber will, wie männiglich bekannt, die Kapitalistenklasse gerade nichts wissen. Hiergegen sträubt sich nicht nur ihre oben angedeutete Auffassung von der Krisenüberwindung, sondern auch noch etwas anderes, und bestimmt nichts Geringeres:

Mehr Lohn heißt nämlich, daß von dem Produktionsertrag mehr auf die Arbeiterklasse und weniger auf die Kapitalistenklasse entfällt. Es heißt mehr für den Massenverbrauch und weniger für den Geldschrank. Es bedeutet mehr Lebensgüter und Wohlfahrt für die Proletarier und weniger für die Reichen. Es läuft zwangsläufig auf die Ausgleiche der Besitzunterschiede, wenn man will, auf wirtschaftliche und soziale Demokratie hinaus. Das führt zu nichts Geringerem als zur Gefährdung, zur Beseitigung der gesellschaftlichen Hochstellung und des politischen Vorrechts der Kapitalistenklasse. Sie sieht das Gespenst einer wirklichen politischen Demokratie. Sie kann dann ja nicht mehr so wie heute mit den Regierungen wie mit ihren Agenturen hantieren und nicht mehr die Staatskasse zur alleinigen Verfügung haben. Auch kann sie nicht mehr nur in die proletarische Tasche greifen, um das Geld zu bekommen, was durch Unfähigkeit und Mißwirtschaft verlutert worden ist. Unter solchen Umständen wäre es bestimmt kein Spaß mehr, Kapitalist zu sein. Das Leben hätte jeden Reiz verloren. Man wäre ja nichts anderes mehr als der gewöhnliche Proletarier. Das wäre ja das Ende

des von Papen erst kürzlich wieder laut verkündeten und eifrig erstrebten autoritären Staates und seiner — „christlichen Volksgemeinschaft“.

Angeht dieser entsetzlichen Aussicht kann es nicht wundernehmen, daß die Kapitalistenklasse jede Erhöhung des Lohnes rücksichtslos bekämpft, sondern ihn auch herunterdrückt, wo es nur geht. Schließlich meint sie womöglich gar, dadurch ihre Herrlichkeit erhalten zu können. Daß dies ein handgreiflicher Irrtum ist, das beweist der Niedergang des Kapitalismus zur Genüge.

Es wäre zu viel verlangt, wenn man erwarten wollte, die Kapitalistenklasse sei imstande, aus dem wirtschaftlichen Tief der letzten Jahre etwas zu lernen. Sie kann, bei Licht besehen, gar nicht anders handeln, als sie handelt. Es geht ihr wie dem Opiumkranken: je kränker er ist, desto größer soll die Dosis Gift sein.



Infolgedessen gibt es für den Kapitalismus nur zwei Arten des Verendens: er kann im Bette sterben oder im Sumpf. Will er im Bette sterben, dann muß er höhere Löhne, steigend höhere Löhne zahlen, wodurch sich jedoch, wie gesagt, die Ausgleiche der Besitzunterschiede mit ihren Folgen vollzieht. Hierbei kann der Kapitalismus vielleicht gar noch, wie ein Schwind-süchtiger, vorübergehend rote Backen bekommen. Beharrt er aber, was wahrscheinlich bis zur Gewißheit ist, dabei, den Lohn, das Masseneinkommen weiter zu schmälern, wodurch die Wirtschaft ihre Lebensnotwendigkeit, die Käuferschaft noch mehr verliert, dann wird er in einem Wirbelsturm von geschäftlichen Zusammenbrüchen und sozialen Gewittern untergehen. In jedem Falle wird auf seinem Leichenstein stehen: Er entlebte sich durch Lohnquetscherei! F.K.

## Staatliche Arbeitsbeschaffung

Der private Unternehmer versagte — der Staat hat die Pflicht, die 7 Millionen Arbeitslose, die von den privaten Unternehmern nicht beschäftigt werden können, in Arbeit zu setzen. Die Arbeitslosen, die so reden — und wie begreiflich ist es, daß sie so reden! — müßten jedoch wissen, daß sie vom kapitalistischen Staat Unmögliches verlangen. Was sie verlangen, das könnte allein ein sozialistischer Staat vollbringen, in welchem es nicht dem freien Entschluß der privaten Unternehmer überlassen ist, ob er überhaupt, was und wieviel er produziert, in welchem drückende Schuldverhältnisse nicht besteht und in dem das Geld eine vielfach andere Bedeutung hat, wie in der kapitalistischen Wirtschaft. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß auch der Übergang zu einem sozialistischen Staat mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Indessen beschränkt sich gegenwärtig unsere Fragestellung in bezug auf die Arbeitsbeschaffung durch den Staat auf die kapitalistische Wirtschaft. Da heißt es also: da der private Unternehmer versagte, soll der Staat neben ihm treten und an seiner Stelle produzieren, bis er selbst anfängt, seine Produktion zu erweitern. Schafft die staatliche Produktion neue Kaufkraft, die dann den Absatz auch der privaten Industrien erhöht, so wird auch dort der Anreiz zur Produktionserweiterung entstehen. Dann hat die staatliche Produktion die Funktion, die private Produktion anzukurbeln. Die staatliche Produktion braucht der privaten keine Konkurrenz zu machen: gibt es doch Arbeiten, die von der privaten Wirtschaft als nicht rentabel sowieso nicht in Angriff genommen würden: Kleinwohnungsbau, Siedlungen, Straßenbau, Ausbau von Wasserstraßen usw. in Hülle und Fülle. Weshalb könnte der Staat diese Produktion nicht aufnehmen?

Wir müssen uns jedoch klar machen, daß produzieren nur der kann, der über Produktionsmittel: Produktionsanlagen und Arbeitskräfte verfügt. Der Staat hat diese in der kapitalistischen Wirtschaft nicht. Die Produktionsanlagen gehören den privaten Kapitalbesitzern, und ebenso die Lebensmittel und andere Verbrauchsartikel, die die Arbeitskräfte, die er in seiner neuen Produktion beschäftigen soll, verbrauchen. Will also der Staat produzieren, so muß er dazu mit neuer Kaufkraft ausgestattet sein, damit er die Produktionsfaktoren, die er zu seiner Produktion benötigt, auf dem Markt kaufen kann. Aus seiner laufenden Einkünften kann das der Staat nicht tun, da diese Einkünfte nicht einmal ausreichen, um seine laufenden Ausgaben zu decken. So erhebt sich die Frage nach der Finanzierung der staatlichen Arbeitsbeschaffung, die Frage nämlich, woher der Staat die hierzu erforderliche Kaufkraft nehmen soll.

In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es für den Staat nur zwei Wege dazu: Anziehen der Steuerschraube und Aufnahme von Kredit. Von dem ersten Weg

schrecken aber die heute herrschenden Gewalten zurück, da sie den Besitz schonen wollen. Darüber hinaus ist aber das Anziehen der Steuerschraube nur im Hinblick auf bestimmte Steuern wirksam, während die Erhöhung anderer Steuern die Einkünfte der Staatskasse nicht steigern, ja unter Umständen noch vermindern würde. Auch können Steuern zwecks Arbeitsbeschaffung nur soweit erhoben werden, als ihre Grundlagen — Vermögen, Einkommen usw. — flüssig sind, das heißt in Geldform existieren oder leicht zu Geld gemacht werden können.

Bleibt der zweite Weg, die Aufnahme von Krediten zwecks Arbeitsbeschaffung. Könnte der Staat brachliegendes Geldkapital statt durch Steuern durch Kreditaufnahme an sich ziehen, so wäre, von der Notwendigkeit der späteren Verzinsung und Rückzahlung der Kredite abgesehen, derselbe Erfolg gesichert als bei Steuererhöhungen. Jedoch steht es den Besitzern von Geldkapital frei, ob sie diese dem Staat leihweise zur Verfügung stellen wollen. Zwangsanleihen sind wohl möglich, sind aber wegen ihrer anderweitigen Wirkungen nicht unbedenklich. Auch dieses Mittel der Kaufkraftbeschaffung ist bei weitem noch nicht erschöpft.

Wollte man große Kaufkraftsummen für Arbeitsbeschaffung erhalten, so bliebe nur der Weg übrig, diese durch solche Kredite zu beschaffen, die mit der „Schöpfung“ von Geldmengen, die neu in den Verkehr treten, verbunden sind. Reichsbank und private Banken müßten dazu neues Geld — Banknoten und Girogeld — schaffen. Dieser Weg muß in der Tat beschritten werden, wenn die Arbeitsbeschaffung in einigermaßen größerem Umfang vor sich gehen soll. Viele haben vor der Beschreibung dieses Weges große Angst, weil sie der Überzeugung sind, daß dieser Weg unbedingt in eine zerstörende Inflation ausmünden müßte. Diese Wirkung würde aber nur dann eintreten, wenn die Geldmengenvermehrung einen sehr großen Umfang annimmt. Heute ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes infolge der Wirtschaftskrise sehr verlangsamt, so daß die Geldvermehrung zwecks Arbeitsbeschaffung zunächst nur den verschlechterten Ausnutzungsgrad der heute schon vorhandenen Geldmenge ausgleichen würde.

Für später besteht wohl eine Inflationsgefahr bei einer solchen Geldmengenvermehrung. Es fragt sich nur, wie man diese bannen kann. Man muß sich nämlich dessen bewußt sein, daß ein absoluter Verzicht auf Geldmengenvermehrung den Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft weitertreiben könnte, so daß ein Nichtstun nicht weniger gefährlich sein kann, als die Beschreibung eines mit Gefahren verbundenen Weges. Um die Inflationsgefahr zu vermeiden, muß man sich damit abfinden, daß der Spielraum für die Geldmengenvermehrung beschränkt ist.

## Die neue Winterhilfe

Die öffentliche Winterhilfe, die die Reichsregierung am 21. Dezember beschlossen hat, erweitert die bisherige in der Zeitdauer, der Art und dem Umfang der Leistungen und im Personenkreis. Sie wird, wie Wolffs Büro meldet, für die drei Monate Januar bis März gewährt, verbilligt den Erwerb von Lebensmitteln und Brennstoffen; vor allem aber dehnt sie den Personenkreis erheblich aus.

Bei den Lebensmitteln besteht die Grundleistung in der Verbilligung des Erwerbs von monatlich 4 Pfund frischem Rind- oder Schweinefleisch oder von Rückenfett und Linsen oder frischer Wurst um 30 Pf. beim Pfund. Familien mit vier und mehr Zuschlagsempfängern können zwei Verbilligungsscheine erhalten und auf dem zweiten Verbilligungsschein wahlweise auch Milch beziehen. Familien mit drei Zuschlagsempfängern können ebenfalls einen zweiten Verbilligungsschein erhalten, wenn von den Zuschlagsempfängern mindestens zwei über 16 Jahre alt sind. Je einmal im Monat kann der bedachte Haushalt nach seinen besonderen Bedürfnissen an Stelle des Fleisches oder der Wurst auch Schweinefett, frisches Seefisch oder Roggenbrot wählen. Schmalz und Brot als Gegenstand der Winterhilfe wird den Hilfsbedürftigen ohne eigenen Haushalt und der verbilligte Bezug von Milch kinderreichen Familien besonders erwünscht sein.

Bei den Brennstoffen wird der Erwerb von zwei Zentner Kohle um 30 Pf. beim Zentner verbilligt. Für Steinkohle, Braunkohlen-Briketts oder Koks kann je nach den örtlichen Verhältnissen auch Torf oder Holz gewählt werden.

Nach der bisherigen Regelung wurde die öffentliche Winterhilfe nur Unterstützungsempfängern gewährt, die Familienzuschläge erhielten bzw. einen eigenen Haushalt führten. Die neue Regelung dagegen umfaßt alle Hauptunterstützten in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und in der öffentlichen Fürsorge sowie bedürftige Empfänger von Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz. Die Führung eines eigenen Haushaltes wird nur für die Verbilligung von Brennstoffen vorausgesetzt.

Ausgabestellen für die Verbilligungsscheine sind wie bisher für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Arbeitsämter, für alle übrigen die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge.

Bezugsstellen für die verbilligten Waren sind alle Verkaufsstellen, die die betreffenden Waren führen und sich bereit erklären, den Verbilligungsschein in Zahlung zu nehmen und den sonstigen Vorschriften zu entsprechen.

Außerdem werden im Netzwerk der deutschen Jugend besondere Mittel für die gemeinsame Verpflegung von jugendlichen Arbeitslosen zur Verfügung gestellt. Nähere Einzelheiten werden in Kürze bekanntgegeben.

Gegen eine Hilfe, die das fürchterliche Los der Arbeitslosen mildert, haben wir selbstverständlich nicht nur nichts einzuwenden, sondern begrüßen sie nachdrücklich. Doch will es uns scheinen, daß diese Hilfe ausgerechnet an denen vorbeigeht, die am dringendsten Hilfe benötigen, nämlich an denjenigen, die sich selbst verbilligte Lebensmittel nicht kaufen können, weil sie dazu keine Mittel haben. Warum gibt man nicht den Ärmsten der Armen einfach unentgeltlich von den Vorräten an Lebensmitteln und Brennstoff, die sowieso nicht abgesetzt werden können? So gut wie man für die ach so notleidenden Agrarier und Industriellen Milliarden ohne weiteres spendet, sollte man es auch und nicht so beschämend kläglich für die Arbeitslosen tun.

## 249 000 Arbeitslose mehr!

Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt wurden am 15. Dezember rund 249 000 Arbeitslose mehr gezählt, so daß die Zahl der amtlich gebuchten Arbeitslosen auf 5 604 000 kam. An dieser Erhöhung trägt die Beendigung des Weihnachtsgeschäfts, die kältere Jahreszeit mit der Einstellung von Außerarbeitenden sicherlich bei.

In der bürgerlichen Presse wird zu dieser Zunahme der Arbeitslosigkeit gesagt, daß mit dieser Größenordnung zu rechnen gewesen sei. Dies läßt auf schlechtes Gedächtnis schließen. Man scheint ganz zu vergessen, daß es vor einiger Zeit ganz anders hieß. Hat nicht der Herr von Papen in bombensichere Aussicht gestellt, daß durch die 2,2 Milliarden Mark, die er dem Unternehmertum zur Ankurbelung seiner Wirtschaft kredenzte, 1½ bis 2 Millionen Arbeitslose Beschäftigung und Brot finden würden? Hat nicht mit diesem Hinweis die bürgerliche Presse die Riesensubvention für das Privatkapital begrüßt und für notwendig erklärt? Hat sie nicht betont, daß diese Milliardensumme aus der Tasche der Steuerzahler diesen wieder zugute komme durch die daraus sprießende Geschäftsbelebung? Und nun weiß man von alledem nichts mehr! Nun heißt es, mit dieser Größenordnung der Arbeitslosigkeit sei zu rechnen gewesen!

Es ist demnach mit der Gesundbeterei der Wirtschaft abermals nichts. Das Privatkapital hat seine Subvention, die Steuerzahler haben eine böse Rechnung und die Arbeiterschaft hat 249 000 Opfer mehr. Warum das so und nicht besser gekommen ist, darüber muß sich jeder selbst seinen Reim machen. Denn der Ritter ohne Furcht und Tadel, der verantwortungsbewußte Staatsmann, ist fort; er kann uns daher nicht mehr klar machen, warum es mit dem angeblich wichtigsten Teil seines Wirtschaftsprogramms Essig ist.

## Unheilbar genial

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und andere Großorganisationen des Unternehmertums hielten kürzlich Tagungen ab. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Herr Krupp, glaubte der neuen Regierung ins Gewissen reden zu müssen, „nicht im Zickzackkurs, sondern gradlinig, nicht abhängig von Sonderwünschen der Parteien und Interessentengruppen, sondern abhängig nur von dem Blick aufs Ganze“ ihren Weg zu gehen. Des ferneren wünsche er, daß die Regierung von Schleicher in den — Bahnen ihrer Vorgängerin weiter wandeln möge. Da die Regierung von Papen sich nur von den Wünschen der Unternehmer leiten ließ, ist es ein starkes Stück, der neuen Regierung zu empfehlen, nicht auf Interessentengruppen zu hören.

Der Vorsitzende der Vereinigung, Kötting, unterbreitete der Öffentlichkeit die Forderung der Unternehmer, die in folgendem besteht: „Beseitigung der Hemmungen, die der vollen Entfaltung der unternehmerischen Kräfte im Wege stehen, Ausschaltung unsachlicher, politischer Einflüsse auf die private Wirtschaftsführung, insbesondere in der Lohnbildung, und die Wiederherstellung der eigenen Verantwortlichkeit der Parteien des Arbeitsvertrages.“ Wir kennen diese Forderungen. Freiheit des Arbeitsvertrages in Zeiten schwerer Krise bedeutet die Willkürherrschaft der Unternehmer auf der ganzen Linie. Nach amtlichen Untersuchungen sind die Tarifsätze seit ihrem Höchststand um etwa 25 bis 30 vH durch die Lohnabbaumaßnahmen unterschritten. Hinzu kommt noch die Beseitigung der überartifiziellen Entlohnung.

Das alles scheint den Unternehmern noch nicht zu genügen. Es wäre konsequent, wenn die Unternehmer erklären würden, die Arbeiter sollten umsonst arbeiten. Die Kühnheit von der Gegenseite ist nur dadurch möglich, weil ein großer Teil der Arbeiter nicht mehr in alter Geschlossenheit zu den Gewerkschaften steht.





# Verbandsleben



## Zur Akkordarbeit in der Metallindustrie

Die Akkordarbeit und ihre Auswüchse bleiben ein ewiger Streitgegenstand. Was ist nun Akkordarbeit? Hierunter verstehen wir eine Arbeitsleistung, die für eine vereinbarte Vergütung verrichtet wird. Die Höhe der Vergütung muß in freier Vereinbarung zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter festgelegt werden. Erscheint dem Arbeiter die gebotene Vergütung zu gering, so muß er in der Lage sein, den Akkord abzulehnen. Ebenso steht es dem Fabrikanten frei, auf die Vergebung einer Arbeit zu verzichten, wenn ihm die Forderung des Arbeiters zu hoch erscheint.

Die festgelegte Vergütung bezieht sich auf alle Fälle nur auf die zu leistende Arbeit und nimmt keine Rücksicht auf die dazu aufzuwendende Zeit. Darin liegt ein Risiko für den Arbeiter, weil sich sein „Stundenverdienst“ vermindert, wenn er die Arbeitszeit zu gering eingeschätzt hat und mehr Zeit verbraucht, als er vorher annahm. Dem Arbeitgeber kann es jedoch gleichgültig sein, ob für den Betrag, den er vorgesehen hat, eine kürzere oder längere Arbeitszeit verbraucht wird, im Gegenteil, sein Vorteil wird um so größer sein, je schneller er in den Besitz der geleisteten Arbeit kommt.

Diese Hauptmerkmale der Akkordarbeit lassen erkennen, daß die Akkordarbeit eine Einrichtung ist, die aus einer Zeit stammt, wo der Vergeber weder selbst Zeit hatte, die Arbeit zu beaufsichtigen, noch besondere Personen dafür bezahlte. Die Arbeit wurde einfach „vergeben“, und der Arbeiter nahm sie mit nach Hause, oder er ging hinaus, um Bäume zu fällen, den Acker zu bestellen usw. Man hat damals das Wort „Akkord“ für diese Art der Arbeit noch nicht gekannt. Nach unserer Auffassung war es aber reine Akkordarbeit.

So wie wir nun früher Akkordarbeiten hatten, für die das Wort „Akkord“ nicht gebraucht wurde, so haben wir heute „Akkordarbeiten“, die mit Akkord nichts mehr zu tun haben. Die technische Entwicklung hat auf dem Gebiete des Akkordwesens sämtliche Überlieferungen über Bord geworfen. Wie früher der Akkordarbeiter bestrebt war, seine Arbeit in möglichst kurzer Zeit zu erledigen, um einen größeren Stundenverdienst herauszuarbeiten, so war der Vergeber stets bestrebt, hinter die „wirkliche Arbeitszeit“ zu kommen, um für diese das Entgelt festzulegen.

Mit Akkordarbeit ist wohl zu allen Zeiten mehr oder weniger Mißbrauch getrieben worden, sei es, daß eine zu schnell fertiggewordene Arbeit stark unter die „Lupe“ genommen wurde, um einen Abzug zu erreichen, oder daß bei der später zu vergebenden gleichen Arbeit von vorcherein Abzüge gemacht werden konnten. So hat die Akkordarbeit von jeher sehr viel Gemeinsames mit dem „Pferdehandel“ gehabt. Wer am meisten zu täuschen versteht, der fährt am besten.

Heute ist es in der Metallindustrie, vor allem in den Maschinenbetrieben, wesentlich anders. Wenn wir heute einen Blick in die Schreibstuben werfen, in der die Arbeitszeiten festgelegt werden (sogenannte Fertigungs- oder Vorkalkulationsbüros), dann sehen wir, daß die neuen Verfahren der Arbeitszeitermittlung mit dem früheren „Pferdehandel“ nichts mehr gemein haben. Ohne hierbei auf die einzelnen Systeme (Refa, Bedaux und ähnliche) näher einzugehen, müssen wir feststellen, daß an Hand der Diagramme von Maschinen und sonstigen Hilfsmitteln (Stoppuhr) eine scharfe Kontrolle des Arbeiters möglich ist. Die wirkliche Arbeitszeit ermittelt heute der Fabrikant mit derselben Genauigkeit, wie man die Fahrtdauer eines Schnellzuges ermitteln kann. Jedes, auch das kleinste Arbeitshindernis wird im modernen Betrieb beseitigt. Dem Arbeiter wird in vielen Fällen ein Zeitplan mit den einzelnen Arbeitsgängen ausgehändigt, die er dann einhalten muß, um die vorgeschriebene Zeit nicht zu überschreiten. Die so ermittelte Arbeitszeit kann nur eingehalten und darf nicht unterboten werden, wenn nicht Raubhan mit Maschine, Werkzeug und dem Menschen getrieben werden soll.

Daraus ergibt sich, daß Akkordarbeit im Sinne der alten Zeit heute ganz unmöglich ist. Es ergibt sich weiter daraus, daß der Akkordarbeiter keine Zeit „herausholen“ kann. Will der Unternehmer dem Akkordarbeiter einen höheren Verdienst, als der Tarif vorschreibt, zubilligen, dann muß der Vorkalkulator oder der Akkordzettelschreiber dem Akkordarbeiter bewußt eine höhere Zeit einsetzen, als der Akkordarbeiter zur Fertigstellung in Wirklichkeit braucht. Lächerlicher ist wohl noch kein Selbstbetrug gewesen, wie diese Art der Akkordarbeit. Wenn nicht mitunter ganz betriebsfremde Menschen, wie Staatsanwälte und dergleichen, die Tarife bearbeiten würden, dann hätten die Unternehmer durch einen Blick in ihre Lohnlisten und die Arbeitnehmer durch einen Vergleich ihrer Akkordzeit mit der wirklichen Arbeitszeit schon längst diesen Selbstbetrug der Arbeitgeber bloßgestellt.

Warum fällt es nun vielen Unternehmern so schwer, für die richtig errechnete Arbeitsstunde einen entsprechenden Lohn zu zahlen? Weil ein Teil immer noch glaubt, der Arbeiter könne noch wie früher die Arbeitszeit drücken, und weil fast alle sich glücklich fühlen, wenn es ihnen am Tarifisch gelungen ist, den Tariflohn um einige Pfennige zu senken. Mit dieser lächerlichen Einbildung mußte aufgeräumt werden. Nicht das Produkt ist das billigste, das mit dem niedrigsten Stundenlohn hergestellt wird, sondern dasjenige, welches in der kürzesten Zeit bei geringstem Kraftaufwand und dem geringsten Werkzeugverbrauch hergestellt, und wofür dann auch ein ausreichender Lohn gezahlt wird.

Keinem Techniker wird es einfallen, bewußt einen Fehler in irgendeiner Konstruktion zu legen. Kein Heizer darf das Sicherheitsventil des Kessels beschreiben, um

Allen unsern Verbandskollegen und Mitarbeitern wünschen wir ein recht

Glückliches Neujahr

Schriftleitung und Vorstand

einen höheren Dampfdruck zu erhalten. Folglich sollte ebensowenig einem Dreher, Bohrer, Hobler, Fräser usw. gestattet sein, Maschine, Werkzeug und seine Körperkraft mehr zu beanspruchen, als sie auf die Dauer vertragen können. Trotzdem wird es in den meisten Betrieben so aussehen, daß zur Erzielung eines Akkordüberverdienstes von unseren Kollegen alles versucht wird, die nach den modernsten Methoden errechnete Arbeitszeit noch zu unterbieten. Das gelingt aber nicht mehr. Hier ist es Aufgabe der Gewerkschaften, diese Frage bei den Tarifverhandlungen klar herauszustellen. Die Tarifgrundlöhne für Akkordarbeiter in der Metallindustrie sind auch deren Effektivverdienste.

Unsere Betriebsräte und Kollegen müssen erkennen, daß nicht die künstlich erhöhte „Akkordzeit“ unser Ideal ist, sondern daß uns für die richtig errechnete Arbeitszeit ein auskömmlicher Lohn gezahlt wird. Wollen wir das erreichen, müssen wir freilich mehr Kollegen der Organisation zuführen.

Dominik, Mülheim/Ruhr.

## Äußerste Vorsicht!

Die furchtbare Wohnungsnot wurde von geschäftstüchtigen Leuten durch Gründung von Bausparkassen weidlich ausgenutzt. Von diesen Kassen sind viele zugrunde gegangen und die Einleger haben ihre sauer gesammelten Groschen verloren. Jetzt sind wieder geschäftstüchtige Leute am Werk, um aus der entsetzlichen Massennot Geld zu machen. Da Zehntausende die Hoffnung aufgegeben haben, daheim wieder eine Stellung zu erhalten, suchen sie, verständlicherweise, den Erdball nach einer Lebensmöglichkeit ab. Dieser Tatsache wird von verschiedenen Stellen Rechnung getragen durch Gründung von Sparkassen zur Erleichterung der Auswanderung und zur Wahrnehmung der Siedlerinteressen im Auslande, wie die Bedija und die Awassa, sogar eine Sparkasse „Siedlungshaus am Amazonasstrom“ besteht schon. In den Werbeschriften dieser Gründungen wird das Ausland oder die Möglichkeit, dort Heim und Brot zu finden, in glänzenden Farben geschildert.

Vor all diesen Kassen kann nicht eindringlich genug gewarnt werden. Wenn es je soweit kommen sollte, daß Europäer in die fremden Länder kämen, würden sie eine furchtbare Enttäuschung erleben. Dazu dürfte es in den allermeisten Fällen überhaupt nicht kommen. Den Leuten, die die Sachen andrehen, ist es vor allem, wenn nicht anschließend, um die Spareinlagen zu tun. Wer auf den Leim kriecht, dem wird es genau so gehen, wie den betrogenen Einlegern der Bausparkassen.

Auch der Plan des „General“ Kundt, am Quellengebiet des Amazonasstroms eine hunderttausendköpfige Siedlung zu gründen, ist schlimmer als eine Utopie. In diesem Gebiet herrscht eine Temperatur, die ein Europäer kaum ertragen kann. Aber ganz abgesehen davon, wenn fremde Regierungen ihr Land besiedeln wollen, dann müssen sie selbst dafür bezahlen. Wenn sie das tun wollten, fänden sie in viel näherer Umgebung bei der weltweiten Arbeitslosigkeit geeignete Menschen genug.

Um es noch einmal und ganz deutlich zu sagen: Werft die Werbeschriften dieser Kassen in den Ofen, schmeißt die Werber zur Tür hinaus und — vor allem — gebt keinen Pfennig.

## Wie stark ist die RGO?

Nach einem Bericht, der jüngst auf dem Berliner Bezirksparteitag der Kommunisten gegeben wurde, sollen in der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ nicht weniger als 322 000 Seelen beisammen sein, davon 79 350 in Berlin allein. Nach dem Bericht sind die beiden stärksten Gruppen der RGO die Metallarbeiter mit 78 000 (Berlin 28 000) und die Bauarbeiter mit 42 000 (9800). Wenn dies richtig ist, dann betrüge die Mitgliedschaft etwa 7 vH des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auffälligerweise keine Einzelangaben über die Mitgliederzahl in den verschiedenen Orten gemacht, sondern man begnügt sich mit runden Gesamtzahlen. Diesen Mangel kann man darauf zurückführen, daß die RGO den verschiedenen Orten nicht ihre Stärke zeigen will. Garstige Leute meinen allerdings, die Einzelangaben würden unterlassen, um eine Kontrolle unmöglich zu machen, welche Schandtat den vermaledeiten Gewerkschaftsbözen wohl zuzutrauen sei.

## Zum neuen Jahr

Auch in diesem neuen Jahr sollst du, Arbeitsmann, dich wehren, kämpfen gegen die Gefahr, stets dein heilig Recht begehren! Stählen sollst du deine Kraft, daß wir unser Ziel erreichen, einmal hast du es geschafft, daß die letzten Feinde weichen.

Nicht umsonst drückt dich die Schmach, nicht umsonst hast du geblutet, einmal kommt bestimmt der Tag, wo das Meer der Freiheit flutet, wo die Wogen brüllen auf, rasend, sich gigantisch türmen, jubelnd vor der Welten Lauf wird der Sieg der Freiheit stürmen!

Hermann Nöll

## Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 1. Januar, ist der 1. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Januar 1933 fällig.

Im Jahre 1932 war ein 53. Wochenbeitrag fällig. Im Monat Dezember 1932 sind deshalb 5 Beitragsmarken zu verwenden. In den alten Mitgliedsbüchern stehen im 53. Beitragsfeld die Worte: „Jedes 6. Jahr“. Die Berechnung war unrichtig und ist deshalb schon seit Jahren in den neu ausgegebenen Mitgliedsbüchern der Vermerk fortgelassen worden. In jedem Gemeinjahr mit 365 Tagen bleibt 1 Tag über 52 Wochen übrig. Im Schaltjahr mit 366 Tagen beträgt die Differenz 2 Tage. Dadurch ergibt sich im Laufe von 6 Jahren eine volle Woche Überschuß. Fallen nun in die Zeit zwischen der Erhebung des 53. Beitrags zwei Schaltjahre, wie es von 1927 bis 1932 zutrifft, so ist ein weiterer Tag mehr, der das Vorrücken der Erhebung um ein Jahr bedingt. Ein Ausfall ist nicht möglich. Der Verband erhebt für die Woche vom 25. bis 31. Dezember den Beitrag und zahlt auch für diese Woche Unterstützung.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 zu ermäßigen.

Das Beitrittsgeld beträgt danach  
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.  
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.  
für Jugendliche beiderlei Geschlechts  
sowie für Lehrlinge . . . . . 15 Pf.

## Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:  
Der Monteur Richard Kröling, geb. am 27. September 1901 in Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 5 492 917, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Torgelow:  
Der Former Robert Verchow, geb. am 11. April 1878 in Torgelow, Mitgliedsbuch Nr. 6 578 267, wegen Streikbruch.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

## Eduard Bernstein †

Nun ist auch Eduard Bernstein ins Reich der Schatten gegangen. Die meisten von dem jungen sozialistischen Geschlecht werden sich kaum vorstellen können, welche Bedeutung der Verstorbene einst in der modernen Arbeiterbewegung hatte und wie nachdrücklich er deren Tun und Lassen bis in die Gegenwart hinein beeinflusst hat. Einige Zeit vor der Jahrhundertwende setzte in Deutschland der große Streit zwischen Revisionisten und Radikalen ein. Als Haupt der ersteren wurde Bernstein vornehmlich durch ein Buch über „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, worin die Thesen des Revisionismus (von Revision des Parteiprogramms) zum ersten Male umfassend dargelegt und begründet wurden. Die Führer der anderen, der radikalen Seite, waren Bebel, der alte Liebknecht und andre namhafte Sozialdemokraten. Der Streit wurde mit einem heute nicht mehr recht begreiflichen Eifer geführt. Er griff weit über die deutschen Grenzen hinaus und führte dort zu geistiger und organisatorischer Umgruppierung. Auf dem Parteitag in Hannover obsiegte die radikale Richtung, aber der Revisionismus, besser der Reformismus, wurde immer mehr zum Leitmotiv der sozialdemokratischen Bewegung. Ob das zu ihrem Heil ausgeschlagen ist, läßt sich an den Geschehnissen seit 1914 klar beurteilen.

Eduard Bernstein, der zu Beginn des großen Streits in London in der Verbannung lebte, konnte später (1901) dadurch, daß der Steckbrief von der Regierung Bülow nicht mehr erneuert wurde, nach Deutschland zurückkehren. Die Verbannung hatte ihm seine Tätigkeit als Redakteur des in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat“ eingebracht. Durch den Druck der deutschen Regierung wurde die schweizerische Regierung veranlaßt, das Blatt zu verbieten, so daß die Redaktion nach London übersiedeln mußte. Nach seiner Rückkehr wurde Bernstein von Breslau in den Reichstag gewählt, dem er bis vor einigen Jahren angehörte. In London, dem Mittelpunkt des internationalen Verkehrs, kam Bernstein mit Karl Marx und Friedrich Engels in persönliche Berührung, und hier weitete sich sein internationaler Gesichtskreis, was ihm bei seiner Tätigkeit als Politiker und Schriftsteller trefflich zustatten kam. Wie stark er von dem englischen Tradeunionismus beeinflusst war, läßt sich in seinen Schriften nachlesen.

Der einst so vielgenannte und umstrittene Mann wurde im Jahre 1850 in Berlin als Sohn eines Lokomotivführers geboren. Mit 22 Jahren schon trat er in die sozialdemokratische Partei, Eisenacher Richtung, ein. Ursprünglich war er Bankbeamter, später Privatsekretär, in welcher Stellung er (1878) nach der Schweiz und dann in die Redaktion des „Sozialdemokrat“ kam, wo er bis zu seiner Ausweisung (1888) verblieb.

Mit Eduard Bernstein ist einer der Letzten heimgegangen, die die sozialistischen Altmeister Marx und Engels persönlich gekannt haben. Er hat jahrzehntlang im Vordergrund der internationalen Arbeiterbewegung gestanden. Sein Name gehört der Parteigeschichte an. Daher wird die Erinnerung an ihn erhalten bleiben.

## Klein-Lebensversicherungen

Die Vertrauenskrise in der Wirtschaft beeinträchtigte im letzten Jahre auch die Werbetätigkeit der Volksfürsorge, unseres Lebensversicherungsunternehmens. Seit dem September ist eine Wendung eingetreten. Die Zahl der monatlich eingereichten Anträge für Volksversicherungen stieg im September auf 11 322 und im Oktober auf 13 218. Für November ist ein noch bedeutend günstigeres Ergebnis zu erwarten.

Diese Besserungsercheinungen sind sehr erfreulich, nachdem die Volksfürsorge sich viele Monate mit einem niedrigeren Resultat zufrieden geben mußte. — Auch die Wiederinkraftsetzung beitragsfrei gewordener Versicherungen hat zugenommen. Wenn diese Entwicklung anhält, wird die Volksfürsorge in absehbarer Zeit wieder in der Lage sein, den Baumarkt durch Hypothekenabgaben mehr als im letzten Jahre zu beleben.

# Von Sowjetrußland / Bericht eines Heimkehrten

## Von einem Ingenieur

Ich war zwei Jahre in Rußland als Ingenieur tätig und kehrte kürzlich von dort zurück. Man hatte mitten in der Vertragsdauer die vertraglich festgesetzte Valutaüberweisung an meine in Deutschland lebende Familie eingestellt, richtiger, dermaßen verkürzt, daß der Lebensunterhalt meiner Familie davon nicht bestritten werden konnte. Die schwierige finanzielle Lage Rußlands ließ mich über diesen Vertragsbruch hinwegsehen, ich war sogar entschlossen, meine Familie nach Rußland zu holen. Ich bat daher, daß man mir für meine Familie, aus vier erwachsenen Personen bestehend, eine Zweizimmerwohnung zur Verfügung stelle und erklärte mich zu einem neuen Vertragsabschluß auf weitere zwei Jahre mit der Zusicherung eines geringen Valutabetrages bereit. Nichts davon. „Zunächst haben Sie doch ein schönes Zimmer (15 qm Wohnfläche), da bringen Sie Ihre Familie mit unter“, bekam ich zur Antwort. Und da man auch in dem neuen Vertrag den Paragraphen 17 nicht streichen wollte, der besagt, daß der Arbeitgeber den bestehenden Anstellungsvertrag zu jeder Zeit aus vom Arbeiter unabhängigen Gründen aufheben kann, so verzichtete ich auf weitere Tätigkeit in diesem Lande.

Seit der Durchführung des Fünfjahresplanes, seit 1929, hat eine stetig steigende Teuerung aller Lebensmittel und aller Dinge des täglichen Bedarfs eingesetzt. Die Preise der rationierten Lebensmittel liegen heute durchschnittlich 100 vH höher als in der Vorkriegszeit, Bekleidung durchschnittlich 150 vH, und die Waren des freien Marktes, wobei der Vertrieb durch die staatlichen Kommerzmagazine mit einbezogen ist, erreichen einen Teuerungszuschlag von 1000 bis 3000 vH.

Wie verhalten sich nun dieser gewaltigen Teuerung gegenüber die Einkommen der Werktätigen? Darauf geben die Statistiken des Obersten Volkswirtschaftsrates unwiderleglichen Aufschluß. Nach diesen Veröffentlichungen stiegen die

### Durchschnittslöhne in der Erdölindustrie

Jahresdurchschnitt 1909	430 Rubel, im Monat	36 Rubel
" 1930	1144 "	95 "
" 1931	1180 "	98 "

Im Jahre 1931 gegenüber 1909 also eine Steigerung von 170 vH. Eigentümlich ist das Zurückgreifen auf das Jahr 1909, denn es ist doch sicher anzunehmen, daß in den fünf Jahren bis 1914 noch eine Lohnsteigerung stattgefunden hat. Sie hat stattgefunden, denn in diesen fünf Jahren erlebte auch das Erdölgebiet verschiedene Lohnkämpfe zur Verbesserung der sehr schlechten Lage der Arbeiter.

Nach den neuesten Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates vom Herbst dieses Jahres stiegen die Durchschnittslöhne im Monat:

	1928	1931	1932	Steigerung 1928-1932
Industrie	70,25 auf	95,50 auf	106,12 Rubel	51 vH
Eisenbahnen	74,50 "	107,66 "	120,52 "	61,7 "
Flußschifffahrt	74,90 "	106,34 "	112,50 "	50,2 "

In der Landwirtschaft stieg der durchschnittliche Tagelohn von 0,89 Rubel im Jahre 1928 auf 2,60 Rubel im Jahre 1931. Die Steigerung betrug demnach rund 190 vH.

Die allgemeine Höhe der Vorkriegslöhne wurde nun aber nach sowjetrussischen Angaben erst im Oktober 1925 nach Neuabschluss der Kollektivverträge erreicht. Diese Kollektivabkommen gelangten aber erst für das Jahr 1926 zur Auswirkung. Man hat daher, um die Steigerung in bezug auf den Vorkriegsstand zu erhalten, diese letztgenannte prozentuale Steigerung von 1928 auf 1932 noch um den jährlichen Steigerungsdurchschnitt für das Jahr 1927 zu erhöhen. Also: da der Zeitraum 1928 bis 1932 fünf Jahre umfaßt, um ein Fünftel. Man erhält dann eine Gesamtsteigerung in bezug auf den Vorkriegsstand:

in der Industrie	51 vH plus ein Fünftel =	61,2 vH
bei den Eisenbahnen	61,7 " " " " =	75 "
bei der Flussschifffahrt	50,2 " " " " =	60,24 "

Das sind also die wirklichen effektiven Lohnsteigerungen gegenüber der Vorkriegszeit. Man braucht sich nur der Mühe zu unterziehen, die allgemeine Teuerung mit diesen Zahlen zu vergleichen, um die Folgerung auf die „Besserung“ der jetzigen Lebenshaltung der Werktätigen zu ziehen.

Zu demselben mageren Ergebnis kommt man, wenn man die Wohnungsverhältnisse oder die Neubautätigkeit überprüft. Nach den Planziffern des Fünfjahresplanes wurde die Wohnungsneubautätigkeit wie folgt festgelegt:

	Baukostensumme	Wohnfläche in qm
1929	511 Millionen Rubel	3,8 Millionen
1930	522 "	4,7 "
1931	720 "	7,0 "
1932	1900 "	16,0 "
		31,5 Millionen

Die Moskauer Rundschau gibt nun aber an, daß ab 1926 bis einschließlich 1931 im gesamten Gebiet Rußlands 29 Millionen qm Wohnfläche im Betrage von 3,5 Milliarden Rubel erstellt worden sind, also in sechs Jahren weniger Wohnfläche als wie laut Fünfjahresplan in vier Jahren vorgesehen war.

Diese an sich dennoch beachtenswerte Neubautätigkeit muß aber von einem anderen Standpunkt aus näher beleuchtet werden. Die natürliche Bevölkerungszunahme durch den Geburtenüberschuß betrug in Rußland vor dem Kriege 2,12 vH (in Deutschland 1,5 vH). Ab 1926, der letzten Volkszählung, stieg die Bevölkerungszahl von 146,3 Millionen auf 163 Millionen bis Ende 1931, in sechs Jahren also rund 17 Millionen, oder im Jahresdurchschnitt rund 2,8 Millionen oder 1,8 vH. Russische Quellen geben für die Jahre 1931 und 1932 sogar eine jährliche Zunahme von 3,5 Millionen oder 2,3 vH an.

Für diesen Zuwachs von 17 Millionen in sechs Jahren hätte man auf Grund des gesetzlich festgelegten Wohnraumes von 6 qm je Kopf insgesamt 17 mal 6 = 102 Millionen qm neuen Wohnraum schaffen müssen. Da man laut Moskauer Rundschau aber nur 28 Millionen qm erstellt hat, so hat man dem Bevölkerungszuwachs nur

zu knapp 29 vH Rechnung getragen. Das Jahr 1932 hätte nun dem jährlichen Zuwachs endlich Rechnung getragen, aber es kam anders. Schon im Frühjahr 1931 forderte Ordkonesschidse, der Volkskommissar für Industrie, daß im Jahre 1932, dem entscheidenden Jahr des Fünfjahresplanes, alle verfügbaren Mittel für die Vollendung der Industrialisierung bereitgestellt werden müßten. „Erst Fabriken — dann Wohnungsbauten!“, schloß er seine Forderung. Diese Parole wurde selbstverständlich von dem Kongreß befolgt, und so begann man bereits im Jahre 1931 die Wohnungsbautätigkeit einzuschränken. Im Jahre 1932 wurden die 16 Millionen Quadratmeter daher auch nicht annähernd erreicht.

Da man also schon seit Jahren dem Bevölkerungszuwachs nur zu allerhöchstens 25 vH genügen konnte, so hat die Wohnungsdichte beängstigend zugenommen. Im Frühjahr dieses Jahres sah man sich daher genötigt, den gesetzlich zugemessenen Wohnraum von 6 qm auf 4 qm herabzusetzen. Also auch hier ein Rückschritt statt des Fortschrittes. Heute fehlen in der Sowjetunion weit mehr als 100 Millionen qm Wohnfläche, und ehe diese nachgeholt sind, dürften 20 Jahre vergehen.

Ein vernünftiger Mensch wird auch von der Sowjetunion nichts Unmögliches verlangen. Doch erregt es nur ein mitleidiges Lächeln, wenn man in der Moskauer Rundschau erklärt: „Die Durchführung dieses Planes schafft unmittelbar die Bedingungen für das menschenwürdige Leben der Arbeitermassen, und dieses Ziel wird schon jetzt (sic!) Wirklichkeit.“

## Steigende Arbeitslosigkeit in Amerika

In den Vereinigten Staaten werden die Arbeitslosen nicht amtlich gezählt. Aber der Gewerkschaftsbund nimmt monatlich eine Zählung seiner erwerbslosen Mitglieder vor. Der Wert dieser Zählung liegt weniger in ihren Gesamtzahlen als in ihren Verhältniszahlen: sie gestatten, dank der vorlaufenden Veröffentlichung, das Steigen und Fallen der Arbeitslosigkeit bis zu einem gewissen Grade zu beurteilen.

Die neueste Nummer des Blattes des Gewerkschaftsbundes, der Federationist, bringt die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder vom November. Durch eine Übertragung dieser Zahl auf die Gesamtheit der Arbeiterschaft kommt man zu dem Schluß, daß 11 Millionen arbeitslos sind. Wörtlich heißt es im Federationist: „Unsere gewonnenen Zahlen zeigen, daß im Oktober 23,9 vH der Mitgliedschaft ohne Beschäftigung war, im November 24,1 vH. Wenn die Beschäftigungslosigkeit im normalen Maße steigt, werden nächsten Januar 12 700 000 Leute außer Arbeit sein.“ Dann heißt es weiter in dem Blatt: Die gewerkschaftlichen Berichte zeigen, daß wirksam gestrebt wird, Gewerkschaftsmitglieder in Arbeit zu halten durch Verteilung der Arbeitsstunden; die Kurzarbeit stieg von 22 der Mitglieder auf 23 vH in den zwei letzten Monaten. Ohne diese Bemühung würden zweifelslos noch mehr außer Arbeit sein.“

Diese Sätze deuten an, daß von den Gewerkschaftsmitgliedern weniger entlassen wurden als von nichtorganisierten Leuten; daß bei diesen letzteren der Hundertsatz der Zunahme der Arbeitslosen größer ist, als wie oben angegeben. Zur Erläuterung der Zahlen wird noch gesagt, daß zwar der November gewöhnlich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bringe, daß aber dieses Jahr die Entlassungen in diesem November zahlreicher als je gewesen seien.

## Wie wurden 20 Millionen Goldpfund gezahlt?

England hat seine Schuldenrate in Höhe von 95,5 Millionen Dollar (rund 20 Millionen Goldpfund) an Amerika gezahlt. Es dürfte interessieren, wie eine solche Zahlung vor sich geht: In den Gewölben der englischen Notenbank liegen erhebliche Mengen Gold. Die englische Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß die Bank von England der Federal Reserve Bank von Newjork den entsprechenden Betrag in Goldbarren in London zur Verfügung stellt. Technisch geschah dies folgendermaßen: Beamte der Bank von England begaben sich am Zahlungstage nach dem Safe, der die großen Schlüssel für das Sicherheitsgewölbe der Bank enthält, und stiegen dann nach dem betreffenden Goldgewölbe hinunter. Die Diener der Bank trugen dann etwa 11 764 Goldbarren von einem Teil der Gewölbe nach dem andern. Jeder Goldbarren ist etwa 25 cm lang und 17 cm breit und hoch. Er wiegt 400 Unzen und hat einen Wert von rund 1700 Goldpfund oder 34 000 Mark. Die so beiseite gesetzten Goldbarren wurden für den neuen Besitzer besonders markiert. Die amerikanische Notenbank ist somit Besitzerin eines erheblichen Teiles des Goldbestandes der Bank von England. Sie bringt diesen Betrag der amerikanischen Regierung gut. Dieses neu entstandene Golddepot wird entweder bei Bedarf nach den Vereinigten Staaten verschifft, was zum Teil bereits geschehen ist, oder anderweitig, zu Zahlungen in Europa usw., verwandt.



## Der Mann ohne Vaterland

Kürzlich wurde ein Mann in westeuropäischen Ländern wie ein Verbrecher von einer Polizeistation zu anderen geschoben, der an Geist und staatsmännischen Fähigkeiten unbestritten überragend ist: Leo Trotzki. Nach einer vierjährigen erzwungenen Isolierung auf einem Inselstübchen am Bosphorus ging er nach Kopenhagen, um dort sozialistischen Studenten einen Vortrag über die russische Revolution zu halten. Auf der Reise nach Dänemark ist er kaum eine Stunde ohne schwere Polizeibegleitung gewesen. In Frankreich wurde er sogar in Schutzhaft genommen. Die Familie, wo er in Kopenhagen wohnte, wurde streng geheim gehalten. Der Wunsch, noch andere Länder zu besuchen, mußte unerfüllt bleiben, weil die Regierungen die Einreiseerlaubnis nicht gaben. Die Kopenhagener Versammlung wurde von einem Überangebot von Polizei bewacht und die Besucher streng gemustert. Kurz, der Organisator der sowjetrussischen Armee und bedeutende Geistesarbeiter wurde mit den gleichen Maßnahmen bedacht wie einst der russische Zar.

Als Grund für diese Maßnahmen wird die Möglichkeit von Trotzki Ermordung angeführt. Von welcher Seite besteht die Gefahr eines Attentats? Von den Weißrussen oder den Sowjetrussen? Hierauf läßt sich schwer eine bestimmte Antwort geben. Allein, man kommt ihr näher, wenn man weiß, daß die Kommunisten in den Ländern, die Trotzki passieren mußte, es an Geschrei gegen den Retter Sowjetrußlands vor der großen Gefahr nicht haben fehlen lassen. Laut „Sozialdemokraten“, dem sozialistischen Hauptblatt Dänemarks, hat die Moskauer Regierung Kopenhagen unterrichtet daß sie es als einen unfreundlichen Akt betrachten würde, wenn Trotzki auf dänischem Boden belassen würde. Die gleiche Warnung soll Schweden erhalten haben.

Der Zweck dieses Spiels der russischen Herrschaft ist leicht zu erklären. Sie will es verhindern, daß die Persönlichkeit, der sie so viel zu verdanken hat und dessen Bedeutung weltweit nicht bestritten wird, mit der kommunistischen Gefolgschaft in Berührung kommt, weil davon eine Gefahr für die russische Politik befürchtet wird. Es wurden darum in den Großstädten, die Trotzki durchfuhr, Kundgebungen veranstaltet oder Warnungen losgelassen, um die Regierungen zu der Auffassung zu bringen, daß es das Beste ist, den Exilierten schnellstens wieder abzuschubsen und auf der Durchreise zu bewachen, wodurch ein Verkehr mit dem proletarischen Publikum natürlich unmöglich gemacht und andererseits selbst weniger ängstliche Regierungen abgehalten wurden, Trotzki die Einreise zu gestatten.

Wie gründlich das gelungen ist, lehrt Trotzki's dänische Reise. Er ist wieder zu seinem weit abseits von der zivilisierten Welt liegenden Verbannungsort zurückgekehrt. Die kapitalistischen Regierungen verweigern Trotzki ein Asyl, um Ruhe zu haben, mehr aber noch, um die russischen Aufträge nicht zu verlieren. In dem Gewässer am Bosphorus, in dem Gebiete des türkischen Diktators Kemal Pascha, bleibt der Mann ohne Vaterland, der Revolutionär Trotzki, der derzeitigen Herrschaft Moskaus ungefährlich.

## Der spanische Verbandstag

Der spanische Metallarbeiterverband, der 34 000 Mitglieder in 77 Ortsgruppen vereinigt und 50 900 Pes. in seiner Kasse hat, war von jeher für die Gewerkschaftsbewegung Spaniens das Vorbild innigster Zusammenarbeit. Immer war er es, der sich den Angriffen des Unternehmertums am tatkräftigsten widersetzte.

Sein Verbandstag war die letzten Novembertage in Madrid beisammen. Von der Eisernen Internationale waren deren Sekretär Ilg, von Belgien Gally und von Paris Bouyer erschienen, den DMV vertrat Kollege Brandes.

Der Verbandsvorsitzende Miguel Calvan leitete die Tagung mit dem Hinweis darauf ein, daß sie, die erste ordentliche Generalversammlung seit vier Jahren, dazu bestimmt sei, im Einvernehmen mit der Union General de los Trabajadores (Gewerkschaftsbund) die weitere Taktik des Verbandes festzulegen. Er betonte, daß der wichtigste Punkt der Tagesordnung sich auf die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die auch in Spanien bereits 500 000 Arbeiter trifft, beziehe. In der vor kurzem in Madrid stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes sei das Problem der internationalen Einführung der Vierzigstundenwoche als wirkungsvolle Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit behandelt worden. Die spanische Republik müsse als erster Staat den Schritt zur gesetzlichen Durchführung dieser Maßnahme tun. Aber hiermit allein sei noch nicht viel getan. Innerhalb Spaniens allein ließen sich zur Behebung der Krise wichtige Maßnahmen einleiten.

Der internationale Sekretär Konrad Ilg sprach darauf im Namen der Internationale; ihm folgte Kollege Brandes, der ausführlich auf die Wirtschaftskrise in Deutschland einging. Die spanischen Genossen folgten seinen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit und zeigten ihre Anteilnahme am Schicksal der deutschen Kollegen durch besonders herzlichen Beifall.

Pascual Thomas, Sekretär des Verbandes, sprach dann über die Krise im Schiffbau, insbesondere im Kriegsschiffbau. Während der Monarchie habe die Öffentlichkeit die Werften erhalten müssen. Aber die Republik, deren pazifistischer Geist den Bau neuer Kriegsschiffe weder unterstützen dürfe noch wolle, habe die Absicht und die Verpflichtung, für diesen Zweck neue Zuwendungen auf ein Mindestmaß zu beschränken und nach und nach völlig abzustoppen. Immerhin sind noch immer für 80 Millionen Kredite vorhanden. Aber der Absatz stocke, und so haben sich die Werke, die dem neuen Regime feindlich gegenüberstehen, zur Sabotage entschlossen und eine Reihe von Arbeitern entlassen. Um weiteren Entlassungen zu begegnen, müsse die Versammlung dringend die Verstaatlichung der Werke fordern.

Die Versammlung ging dann zur Prüfung der einzelnen Anträge und Vorschläge über. Im Vordergrund stand die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dazu wurde gefordert: Unmittelbare Einführung der Vierzigstundenwoche bei Aufrechterhaltung der bisherigen Lohnsätze, Einfuhrverbot für solche Erzeugnisse, die im Lande selbst in ausreichendem Maße hergestellt werden, Plan der Regierung für Ausbau der Handelsmarine, Unterstützung der Regierung zum besseren Ausbau der Maschinen in der Metallindustrie, schnellste Durchführung des Betriebsrätegesetzes, sofortige zwangsweise Errichtung von Berufsschulen, Einführung einer Arbeitslosenunterstützung und erhöhten Steuer auf die Renten sowie eine Erbschaftsteuer.

Das Berufsschulwesen, in Spanien noch unbekannt, wurde in einem längeren Antrag des Vorstandes ausführlich behandelt. Man verlangt vor allem staatliche Zuschüsse, um den Jugendlichen die Berufsschulbildung überhaupt zu ermöglichen. Weiterhin soll sich das Arbeitsverbot Jugendlicher in der Metallindustrie bis zum 17. Lebensjahre erstrecken.

Ein anderer Antrag befaßte sich mit der Forderung gesetzlich gewährleistetem bezahlter Ferien von vierzehn Tagen im Jahr. Lange wurde beraten, ob man die Zeitschrift des Verbandes allen Mitgliedern umsonst liefern oder ob jede Gruppe zwangsläufig der Anzahl ihrer Mitglieder entsprechend, die Zeitschrift, die man möglichst aus einer Monats- in eine Wochenschrift umwandeln will, zum Preise von 0,05 Pes. je Nummer erhalten solle. Das letztere wurde beschlossen.

Von internationalem Interesse ist besonders der Antrag auf Umwandlung der Rüstungsindustrie. Man verlangt schnellste Verstaatlichung dieser Industrie, um die Umwandlung auch sicher vollziehen zu können.

# Im Nazisumpf sprudelt

## Die „sittlichen Erneuerer“ verabreichen sich Kinnhaken

In der „großen deutschen Volksbewegung“, NSDAP genannt, ist eine landweite Verteilung von Kinnhaken im Gange. Das Gegenseitigkeitsspiel ist dermaßen lebhaft, daß der „Führer“ sich selbst bemühen muß, Ruhe zu piepsen. Auf den Erfolg ließ sich nur ein Hitlereid nehmen. Diese Rebellion kam mit der „Beurlaubung“ einer großen Nazikanone, Gregor Straßer, in Schwung. Über die Gründe der Beurlaubung liest man in der „Schwarzen Front“, die von dem Bruder des von Hitler beurlaubten Straßer herausgegeben wird, allerhand Ergötzlichkeiten. In dem Aufsatz, der sich über drei Seiten hinzieht, wird behauptet, man habe Straßer hinterhältig behandelt, weswegen er eine Aussprache mit Hitler hatte, wobei

„Gregor Straßer zum erstenmal den wahren Charakter Adolf Hitlers erkannte, dessen habsburgische Verlogenheit nur durch seine groteske Unkenntnis übertroffen wird, beides überstrahlt durch einen nur mehr krankhaft zu nennenden Größenwahn“.

Nachdem die Kennzeichnung des „Führers“ durch seinen langjährigen Mitarbeiter angeführt ist, sei die Charakterisierung der nationalsozialistischen Unterführer mitgeteilt. Über diese heißt es in der „Schwarzen Front“:

„Aber es erfüllt doch mit unsagbarem Ekel, zu sehen, wie sich diese Menschen, die Gregor Straßer meist Amt und Würden, Einkommen und Stellung verdanken, die in Hunderten von Gesprächen mit ihm über die falsche Politik und Unzulänglichkeit Hitlers sich einig waren — wie diese feigen Burschen sich nun in „Treuerklärungen“ gegenüber Hitler überschlugen, um ihre Mandate, Autos, ihre Rieseneinkommen zu sichern... daß sich alle Bonzen und Bönzchen angstvoll um die Futterkrippe drängten und Herrchens Hände leckten, der die Tröge füllt“.

Über den inneren Grund der Entlassung Gregor Straßers heißt es in dem Blatte seines Bruders, daß Hitlers Legalitätspolitik die Partei in eine Sackgasse geführt habe, aus der nur durch geschicktes Manövrieren wieder herauszukommen sei. Gregor Straßer habe Hitler darauf verwiesen,

„daß die (nationalsozialistische) Partei eine Schuldenlast von 12 Millionen M habe und daher einen neuen Wahlkampf finanziell einfach nicht durchführen könne. Komme es aber infolge ungeschickter Haltung gegenüber Schleicher zur Reichstagsauflösung, dann würde die Partei bei Neuwahlen wiederum zwei Millionen Stimmen verlieren... Straßer wies bei dieser Darlegung noch auf die höhrende Drohung Schleichers gegenüber Göring hin, bei Verweigerung der Anlauffrist alle Finanzquellen für die Hitlerpartei zu sperren“.

Die letzten paar Zeilen zeigen aufs neue, durch was und durch wen die „einzige wahre deutsche Arbeiterpartei“ bewegt und gefüttert wird. Es bestätigt einmal mehr, daß mit den Anhängern dieser Partei infamer Betrug getrieben wird.

Um das von Straßer an der Nazipartei gestrichelte Bild zu vervollständigen, sei seine Kennzeichnung eines anderen Osafs, des Herrn Goebbels, wiedergegeben:

„Seit Jahr und Tag — genau genommen seit dem ‚Verrat von Bamberg‘ — sinnt Goebbels mit der Rachsucht eines Krüppels darauf, den scheinbar unüberwindlichen Riesen Gregor Straßer endlich zu stürzen. Vielleicht findet sich ein zweiter Stefan Zweig, der die Geschichte des klumpfüßigen Fouchés der deutschen Revolution schreibt“.

Damit soll das Zitieren aus dem Blatte des Bruders des gestürzten Naziführers beendet sein. Es ist ja im Grunde nichts Neues, daß die „einzige deutsche Arbeiterpartei“ aus einem Haufen zweifelhafter Existenzen, verbinderter Größen, kommandowütiger Feldwebel ohne Kammando, größenwahnsünniger Tröpfe, herrschsüchtiger Mamelucken und fettleibiger Bonzen besteht, die gekittet werden von dem Haß gegen den ehrlichen Arbeiter und die diesen gegen bare Münze bedenkenlos verkaufen — das alles weiß jeder, der offene Augen hat. Zu bedauern sind die armen Proletarier, Bauern, Gewerbetreibenden, Beamten und Angestellten, die da vermeinen, von der Nazipartei käme ihr Heil — von der Partei, die im Solde der Kaste steht, die die Hauptschuld am deutschen Elend trägt.

In dem Blatte des Bruders von Gregor Straßer und auch in vielen anderen Zeitungen wird schlankweg behauptet, der Konflikt zwischen Straßer und Hitler sei auf die sozialistische Gesinnung Straßers zurückzuführen. Nichts ist falscher als das. Wie es mit dem Sozialismus Straßers steht, wissen wir seit seinem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker ganz gut. Für die beiden Osafs handelt es sich hier wie sonst um nichts anderes als um die Macht, zuerst um ihr Brechen der Macht, um Staatsposten. Der Unterschied zwischen den beiden Gentlemen beginnt erst, wo die Art und Weise der Machterlangung in Frage kommt: soll man warten, bis die Bewegung so groß ist, daß man die Alleinherrschaft verlangen oder nehmen kann — oder soll man sich mit einigen Ministerposten zufrieden geben, um von diesen Stellungen aus die Alleinherrschaft zu erringen? Das ist die Ursache des Konflikts und nichts anderes.

Gregor Straßer meint, der Spatz in der Hand sei besser als die Taube auf dem Dache; ein Ministerposten gewähre nicht nur ein nettes Einkommen, sondern auch eine größere Wirkungsmöglichkeit für noch ergiebigeren Sachen. Durch die Teilnahme an der Regierung ließen sich zahlreiche von den kräftigen Fäusten und arbeitschwachen Händen der Partei auf Fettäntchen bringen, wobei die stark abnehmende Anziehungskraft der Partei wieder wachse. Und die zwölf Millionen Schulden müßten doch auch irgendwie bezahlt werden.

So ziemlich derselben Meinung ist der Herr Regierungszat von Braunschweig. Nur hat er einige Bedenken über den Weg Straßers. Der große „Führer“ ist auf den Trichter gebracht worden, daß die Förderung der Partei durch Ministerposten reichlich breitzich ist. Als Minister müßten die Nazis Farbe mit ihrem Sozialismus bekommen, sogar ihre Fähigkeit als Erlöser des deutschen Volkes zeigen. Das könnte ein Gaudi für die Götter und ein

Fressen für die ekligen Marxisten geben. Die „unwiderstehliche deutsche Volksbewegung“ ginge unwiderstehlich in die Lüfte, und mit den Mercedes-Wagen wäre es ein für allemal aus. Ja, wenn man die ganze Macht, die Alleinherrschaft hätte, brauchte man sich über die fragwürdige staatsmännische Fähigkeit der Osafs nicht zu grämen. Man hätte dann alle Machtmittel, und besonders die öffentlichen Kassen, aus denen die Bedürfnisse der Partei und ihrer Funktionäre samt allen Schulden gedeckt werden könnten. Wenn dagegen dann die Marxisten, die Republikaner oder irgend jemand maulte, wären sie schnell umgelegt. Mit den Gewerkschaften oder jeder fortschrittlichen Organisation würde kurzer Prozeß gemacht. Damit würde auch die größte Sehnsucht der schwerindustriellen Ausbeuter erfüllt und deren Gerechtigkeit sichergestellt.

Das sind die Differenzen, die zum Konflikt zwischen Straßer und dem ihm gleich würdigen Hitler trieben. Die eifrige Bemühung des „Führers“, die Rebellion, die vielerorts im Gange ist, zu dämpfen, wird umsonst sein. Das weitere Schicksal der Nazipartei wird nicht wenig bestimmt von der Stellung der Geldgeber, der Reaktionsäre aller Art. Sie werden ihre Goldstangen immer dorthin werfen, wo ihnen der größte Vorteil winkt. Sie allein machen im Grunde den „Retter Deutschlands“ tanzen. Nach ihren Pfiffen hat der Nazi zu hüpfen. Eine Weigerung wird mit dem Entzug des Geldes beantwortet. Oder das Geld wird dazu verwandt, eine Spaltung hervorzurufen, wenn die Kostkinder nicht mehr tatkräftig den reaktionären Karren schieben wollen.

### Das Programm unter Verschuß

Der Oberosaf Hitler hat in Halle erklärt, daß die Nazi-Partei ihr Wirtschaftsprogramm unter Verschuß halte, — Dank es nicht von den Gegnern weiter ausgeplündert werde, — Dank dieser Maßnahme hat man von dem Programm weiter nichts erfahren können, als daß es 25 cm lang, 12 cm breit und 4,5 cm dick ist, also nicht das vernünftige DIN-Format hat. Es wird behauptet, daß man mit dieser Geschichte von dem Verschußen nur die Tatsache verdecken wolle, es sei überhaupt kein Programm vorhanden. Diese Begründung scheint uns abwegig. Vielmehr kann man annehmen, daß das Programm deswegen geheim gehalten wird, damit die hohen Gönner nicht durch Lachkrampf am Geldgeben verhindert werden und nicht noch mehr von den gewöhnlichen Mitläufern das Laufieber bekommen.

### Jubilarfeiern

Am 3. Dezember hatte die Ortsverwaltung in Fulda ihre Mitglieder zu einer kleinen Feier eingeladen. Zahlreich waren sie mit ihren Angehörigen erschienen. Es galt, den Kollegen Fritz Fischer für 35- und die Kollegen Emil Fritz und Friedrich Leusam für 25jährige Mitgliedschaft zu ehren. Kollege Stadtmüller von der Bezirksleitung erstattete den Jubilaren den Dank für ihre Treue. Anschließend überreichte Kollege Hartung den Jubilaren die Ehrenurkunde, die silberne Nadel sowie eine kleine Ehrengabe. Musikalische und gesangliche Darbietungen gaben der Feier ein festliches Gepräge. Mit einem Appell an die Jugend, in die Fußstapfen der Alten zu treten, fand die gediegene Feier ihr Ende.

Die Verwaltungsstelle Hainichen ehrte am 3. Dezember abermals 10 Kollegen, die 25 Jahre lang dem Verbandsangehörten. Zu diesem Zweck hatte die Ortsverwaltung zu einer schlichten Feier aufgerufen. Gegen 180 Kollegen und Gäste waren gekommen. Die vom Kollegen Teichgräber gehaltene Festrede war umrahmt von Musik, Gesang und humoristischen Darbietungen. Der Redner gedachte der Entwicklung der Verwaltungsstelle und ermahnte alle, nicht eher zu ruhen bis auch die letzte Kollegin und der letzte Kollege dem Verband beigetreten ist. Anschließend überreichte der Bevollmächtigte, Kollege Fischer, den Jubilaren die Ehrenurkunde, die Verbandsnadel und ein Geldgeschenk. Kollege Otto Teuchert dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und ermahnte vor allem die jüngeren Kollegen, den Alten nachzueifern, um aus dem Verband ein uneinnehmbares Bollwerk zu schaffen. Bei froher Laune blieb man bis nach 1 Uhr beisammen.

Die Verwaltungsstelle in Zeulenroda veranstaltete am 10. Dezember 1932 ihre dritte Jubilarfeier. Konnten in den Jahren 1925 und 1929 je 20 Kollegen für ihre gewerkschaftliche Treue geehrt werden, so waren es diesmal 52 Kollegen. Die hohe Zahl der Jubilare gibt Zeugnis davon, daß der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation von den Metallarbeitern Zeulenrodas früh erfaßt wurde. Die Ehrung erfolgte durch Überreichung der Jubilarnadel. Die Glückwünsche und den Dank des Vorstandes und der Bezirksleitung überbrachte der Kollege Koch-Erfurt. Er schilderte dabei die Entwicklung des Verbandes und der Verwaltungsstelle Zeulenroda. Die 92 Jubilare sollen den jungen Kollegen als Vorbild und der gesamten Mitgliedschaft als Anlaß dienen, unter den uns noch Fernstehenden zu werben. Der Kollege Max Simon dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung. Die musikalische Unterhaltung hielt die Kollegen noch einige Stunden zusammen und ließ sie für kurze Zeit die Sorgen des Alltags vergessen.

Am 18. Dezember veranstaltete die Verwaltungsstelle in Delmenhorst eine Weihnachtsfeier, wobei 15 Jubilare würdig geehrt wurden. Nach der Begrüßung der stark besuchten Veranstaltung durch den Kollegen Imhoff überbrachte der Bezirksleiter Kempkens, Hamburg, die Grüße des Vorstandes und der Bezirksleitung und schilderte das große soziale Werk des Verbandes. Für die Jubilare dankte Kollege Seidewitz für die Ehrung und forderte die jungen Verbandsmitglieder auf, treu zu den bewährten Führern zu stehen. Die Veranstaltung stimmte begeistert in den Hochruf auf die Gewerkschaftsinternationale ein. Ein gemütlicher Tanz beendete die überaus gelungene Feier.

Die Verwaltungsstelle Oberhausen-Mülheim hatte ihre Mitglieder am 12. Dezember zu einer Jubilarfeier eingeladen. Kollege Müller begrüßte die Teilnehmer und stellte als Jubilare die Kollegen Kreiger, Becker, Kuimert, Schatz,

Süsebrink und Raudzus vor, wobei der Redner darauf hinwies, daß sich unter den Jubilaren der 1. Bevollmächtigte, Kollege Alfred Schatz, befände. Er kennzeichnete die enge Verbundenheit zwischen diesem und der Mitgliedschaft. Die Festansprache hielt Bezirksleiter Kollege Walbrecht, Köln. Er gab einen geschichtlichen Überblick über die Gründung und Entwicklung der Verwaltungsstelle und vergaß dabei nicht, den Jubilaren und deren Frauen für ihre treue Mitarbeit zu danken. Worte erster Mahnung richtete er an die Jugend, im Sinne der Alten zu wirken. Dann ließ zwangloses Beisammensein Jung und Alt die Sorgen des Alltags für einige Stunden vergessen.

Am 15. Dezember wurden von der Verwaltungsstelle in Kotzenau in schlichter Weise vier Jubilare geehrt, die 25 Jahre dem Verband angehören. Der Bevollmächtigte, Kollege Riedel, dankte den Jubilaren für ihre vorbildliche Treue, die sie auch als langjährige Funktionäre bewiesen. Mit einem Prolog, gesprochen vom Kollegen Puspe, wurde den Jubilaren die Ehrennadel überreicht. Die Wunsche der Bezirksleitung Breslau und des Vorstandes wurden mit einem treffenden Referat vom Kollegen Knorr, Breslau, überbracht. Für die Ehrung dankte der Kollege Richter im Namen der Jubilare. Ein Tänzchen beschloß die überaus würdige Feier.

### Schriftenschau

Der Streik. In diesem Buch der Büchergilde Gutenberg behandelt Rudolf Daumann einen Streik in den Waldenburger Bergwerken. Wir werden in das ärmste und unglücklichste Gebiet Deutschlands geführt. Hier machen sich schon die Kinder Angst mit dem Hinweis auf die spätere eintönige Arbeit auf der Grube. Not und Elend sind in Waldenburg zu Hause. Davon sind die Arbeiter gezeichnet und ihr Tun und Handeln beeinflusst. Verrat, Aufopferung und vollständige Hingabe an die Sache liegen hier dicht beieinander. Der Verfasser versteht es, dieses Milieu trefflich zu schildern und die handelnden Menschen lebendig in ihrem Heimatsdialekt darzustellen. Hier kommt es zum Streik mit allen seinen Folgen. — Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61. Preis 2,70 M.

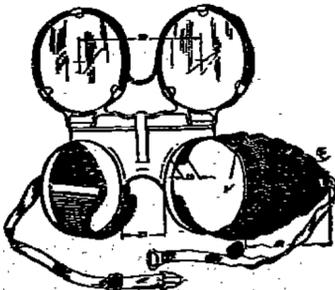
Die Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Berlin von 1927 bis 1932. Herausgegeben von Landgerichtsdirektor Ernst Rubens. Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7. Preis 10 M. Dieses Werk ist aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der Arbeitsgerichtsbarkeit erschienen. Die Größe des Arbeitsgerichtsbezirks Berlin garantiert den umfassendsten Stoff. Annähernd 3000 Entscheidungen sind verarbeitet. Dies Buch ist wichtig für den Arbeiter, der in der Arbeitsgerichtsbarkeit mitwirkt.

Bücherkreise ohne Geld! Jeder Freund des „Bücherkreises“ sollte zum Werber werden. Schon für zwei Neuaufnahmen gibt der Bücherkreis eines seiner Werbepunkte, die für Mitglieder sonst 2,70 M. im Buchhandel gar 4,30 M. kosten. An Stelle der Buchprämie wird auch ein Werbegeld von 1 M für die Neuaufnahme gegeben. Meldung und Ausgabe von Propagandamaterial in der nächsten Zahlstelle oder bei der Hauptgeschäftsstelle des Bücherkreises, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7.

Sämtliche hier besprochenen Bücher können durch die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155, bezogen werden.

### Gußputzerschutzbrille

Der deutsche Normenausschuß (DIN) hat unter der Bezeichnung 50 DIN 4650 eine Gußputzerschutzbrille mit aufklappbaren Gläsern genormt. Über die Schutzbrille wird folgendes berichtet: „Die Schutzbrille werden aus Drahtgewebe von 219—490 Maschen auf 1 Quadratmeter hergestellt und matt geschwärzt. Der Gesichtsrand G ist mit 0,45 mm dickem Blech und mit Samt eingefasst. Plangläser 50 farblos nach DIN 4641. Flachrand oder Winkelrand nach Wahl des Herstellers. Werden Strahlungsschutzgläser gewünscht, so sind Kennzahl nach DIN 4646 oder 4647 und Färbung anzugeben.“ — Die Lieferfirmen sind bei dem Deutschen Normenausschuß e. V., Berlin NW 7, Dorotheenstraße 40, zu erfahren.



Die Lieferfirmen sind bei dem Deutschen Normenausschuß e. V., Berlin NW 7, Dorotheenstraße 40, zu erfahren.

Kollegen! Bestellt die **»ENERGIE«** Werkzeuge aller Art. Vertikales und horizontales Messer. Hagen i. W. 102.

**Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!**

1 Pfund gute, reine, geschlossene Bettfedern 60 Pfg., bessere Qualität 80 Pfg., haltbarste, sanftere 1 M., 1 M 20, weiße, feinste, geschlossene 1 M 50, 1 M 80, 2 M 50, feinste, geschlossene Jubiläum-Herrenschlafedern 3 M., 4 M., 5 M., Rappfedern, ungeschlossene, mit Flaum gemischt, halbwoll 1 M 25, weiß 1 M 95, weiß, oberfeinste Flaumwolle 2 M 25, 3 M 25, 4 M 25. Muster Preis kostenlos. Versand jeder Menge sofort gegen Nachnahme. Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpostend. wird umgerechnet. Geld zur S. BENISCH in PRAG XII., AMERICA ULICE NR. 86, BÖHMEN.

Verantwortlich für den Abdruck: Alfred Linschmeier, Berlin SW 11. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155.